

Don Quijote gegen den „Ökoterroristen“?

Die Energieversorgung der Zukunft: Generationengerechtigkeit oder Versorgungssicherheit? Sozial verträglich oder naturethisch vertretbar? Marktinstrumente oder ordnungspolitische Lenkungsinstrumente?

› Arian Kriesch

20 Prozent bis 2020: 20% weniger CO₂-Emissionen und 20% Anteil der regenerativen Energieträger, Sonne, Wind, Wasser und Biomasse am sogenannten Primärenergieverbrauch. Das sind die mittelfristigen Ziele der EU, festgelegt 2007. Begrüßt unter anderem durch die FDP-Bundestagsfraktion. So klingt pragmatische Energiepolitik angesichts alleine einem von 2002 bis 2003 auf +97% prognostiziertem weltweit wachsendem Energiehunger und damit verbundenen +79% CO₂-Emissionen (Quelle: IEA); hart an der Grenze, sich die eine oder andere Interessensgruppierung zum Feind zu machen.

Mehrheitskompatibler ausgedrückt: „Es geht um Energieformen, um Energiemix. [...] Ideologie macht Energie teurer und die Umwelt schlechter. Deswegen brauchen wir einen neuen Anfang, ohne Vorurteile, mit dem Vorrang für Vernunft in der Energiepolitik.“ (Dr. Guido Westerwelle, 2006) Kein schlechter Vorschlag. Aber was heißt „vernünftige Energiepolitik“? Reicht es, den Weg ohne das Ziel zu definieren? Die gemeinte Vernunftentscheidung steht schließlich im Spannungsfeld zwischen sicherheitspolitischen Zielsetzungen einerseits (Autarkie), der durch die JuLis forcierten Generationengerechtigkeit und daraus abgeleiteten Umweltschutzziele andererseits (Nachhaltigkeit), nicht zu vergessen die soziale Vertretbarkeit der politischen Entscheidungen.

Was nutzt es zukünftigen Generationen, im eigenen Land die Infrastruktur zu haben, nach unmittelbaren ethischen Gesichtspunkten ressourcen-

schonend Energie zu gewinnen, wenn diese Generationen im Gegenzug abhängig von Energiemachhabern werden, die ihnen illiberales, undemokratisches politisches Handeln aufzwingen? Die Forderung nach nachhaltigem Handeln steht im Kontext einer Werteabwägung, die Liberalen schwerer fallen muss als den gerne dafür attackierten und für ihre Entscheidung geschmähten „Ökoterroristen“.

In jedem Fall aber ist es aus liberaler Perspektive nötig, für die Bestimmung dieser Ziele, die Potentiale der vorhandenen Techniken objektiv abzuschätzen, und idealerweise für den Weg dorthin einen marktgesteuerten Wettbewerb um eine Effizienzsteigerung zu initiieren. Dazu unumgänglich ist aber einerseits die Rechnung nicht mit partiellen, sondern mit den Gesamtenergiebilanzen (incl. Herstellung und Transport), was beispielsweise den Stern der Photovoltaik ein wenig, den Stern der Biomasse bei größerem und weltweit vernetztem Ausbau schon deutlich niedriger stehen lässt. Andererseits eine Einpreisung des Ressourcenverbrauchs, nicht nur der CO₂-Emissionen, wie es im Rahmen eines Zertifikatehandels geschehen soll, der derzeit zwar noch mit zu vielen Ausnahmen, aber immerhin in Ansätzen eingeführt wird.

Dabei können verschiedene Techniken, teils derzeit noch in der Entwicklung, die Öko-Bilanz auch der fossilen Energieträger im Wettbewerb noch verbessern. So sind derzeit sich in der Entwicklung befindliche Techniken wie CO₂-Abscheidung und Einlagerung zurecht in den Medien.

Aus Perspektive der Verantwortungsethik entzieht sich eine Form der Energiegewinnung scheinbar jedem Kostenkalkül: Die Kernenergie, im allgemeinen spricht man dabei natürlich über die Kernspaltung, da Fusionskraftwerke immer noch hinter einem Zeithorizont von mehr als 50 Jahren liegen. Preisen die Betreiber, allen voran RWE – die PR-Kampagne „vorRWEgdenken mit ihrer abgemahnten Gegenlobbykampagne „fingerRWEg“ zog unlängst Kreise durchs Netz - die gute CO₂-Bilanz der Kernkraft, lenken sie damit eigentlich erst Recht den Blick auf den ersten von zwei Haken an der Geschichte: Ein hochgradig akkumuliertes Risiko, das korrekt zu versichern nicht möglich wäre, womit effektiv immer der Staat einen signifikanten Anteil übernehmen muss. Gegen dieses Problem fällt die Einpreisung und damit Kosteninternalisierung direkter Ressourcennutzung bei den fossilen Energieträgern, da einfacher quantifizierbar, noch vergleichsweise leicht. Dabei bleibt es allerdings nicht: So argumentieren die großen Kernkraftwerksbetreiber gerne, die Endlagerungsproblematik sei juristisch gelöst; sie kämen für die Kosten bereits auf. Die Aussage ist nicht grundlegend falsch, schließlich kommen die Betreiber seit einigen Jahren ihrer Pflicht nach, steuerlich absetzbare Rücklagen in Höhe von bisher 40 Mrd. Euro für die Endlagerung anzulegen. Dass die so zurückgestellten Mittel allerdings nicht reichen werden, um alleine eine sichere Lagerung über die Halbwertszeit eines wichtigen Teils des „Atommülls“ (239Pu) von 24.000 Jahren sicherzustellen, mal abgesehen von den logistischen Problemen, dass dazu eine Firma mit ebenso langer

“Es scheint mir, dass mein Vorschlag nützlich ist, aber ich gebe zu, dass er einen großen Fehler hat. Er zieht eher die Interessen unserer Enkel in Betracht als unsere – und wir leben nun einmal in einem Zeitalter, in dem jedermann alles für sich tut und nichts für die Nachwelt.“

(Denis Diderot, 18. Jh. Die Grande Encyclopédie schlägt einen Wechsel von Holz auf Kohle vor, nachdem auf der Île de France die Bäume knapp werden.)



Existenz nötig wäre, ist allerdings offensichtlich, sofern man nicht von einem selbsttätig fehlerfreien Ablauf „Einlagern, Verschließen, Vergessen“ ausgeht.

Das Problem läuft also auf eine politische Abwägung hinaus, die sich nicht durch eine technische Darstellung der Effizienzen und Effekte alleine lösen lässt. Der Ansatz vollständiger Kosteninternalisierung und eines perfekten, verbrauchergesteuerten Marktes ist das Modell der Wahl für jeden Liberalen, aber leider in seiner Reinform eine Utopie. Dazu kommt:

Die richtige Umweltpolitik kann nicht isoliert von ihren Nebeneffekten definiert werden. Vielleicht sind die JuLis ja in der Reife ihrer umweltpolitischen Prioritätensetzung weiter als die FDP, wenn sie in ihrem Bundestagswahlprogramm 2009 schreiben, unser Ziel ist der langfristige Ausstieg aus der Kernenergie.

Oft vergessener zweiter Ansatz muss zudem eine Effizienzsteigerung der Verbraucherseite sein. Eine Forderung, die selbstredend nicht im Interesse klassischer wie auch regenerativer Energieversorger sein kann; und

die im politischen Kontext leider allzusehr schnell auf Konjunkturpaketsinvestitionen in die energetische Gebäudesanierung oder Glühbirnenverbote im EU-Kontext reduziert wird.



Arian Kriesch (25), ist Physiker und Leiter des BAK Umwelt, Infrastruktur, Innovation, sowie Programmierer im Landesverband Bayern. Ihr erreicht ihn unter: kriesch@julid.de